

SPD-Fraktion erinnert an 50 Jahre Elysée-Vertrag

Das 50. Jubiläum des Elysée-Vertrags zur deutsch-französischen Aussöhnung im kommenden Januar war der Anlass für eine Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion mit 200 Gästen in der französischen Botschaft.



Günther Gloser MdB, Staatsminister a.D.

Günther Gloser, ehemaliger Staatsminister für Europa und Koordinator für die deutsch-französischen Beziehungen, betonte in der Eröffnung, dass die Unterzeichnung des Elysée-Vertrags am 22. Januar 1963 das wohl wichtigste Ereignis des letzten halben Jahrhunderts in den Beziehungen beider Länder sei. Der französische Botschafter Maurice Gourdault-Montagne wies als Gastgeber darauf hin, dass der Vertrag wirtschaftliche, demografische und historische Verantwortung für beide Länder umfasst.

Wie wichtig und erfolgreich die deutsch-französische Jugendarbeit ist, zeigten eindrucksvoll die Mädchen und Jungen des bilingualen Projekts „Le Grands méchants loup“ – „Der große böse Wolf“. In dem Projekt sind Schülerinnen und Schüler beider Länder und jeden Alters als Reporter unterwegs und führen Interviews mit deutschen und französischen Bürgerinnen und Bürgern, aber auch mit vielen Politikerinnen und Politikern.



Pierre-Yves Le Borgn', Mitglied der französischen Nationalversammlung; Dr. Frank-Walter Steinmeier; der französische Botschafter Maurice Goudault-Montagne; Hélène Miard-Delacroix, Professorin an der Sorbonne

Hélène Miard-Delacroix, Professorin für Deutsche Geschichte und Kultur an der Sorbonne, referierte über Erfolge, aber auch „Missverständnisse, Interessenkonflikte und Blockaden“ in der deutsch-französischen Geschichte. Die „Norm der Zusammenarbeit“ so Miard-Delacroix, sei „das eigentliche Vermächtnis von 1963“.

In einer anschließenden Gesprächsrunde zwischen Frank-Walter Steinmeier und dem Abgeordneten Pierre-Yves Le Borgn', der kurzfristig für den erkrankten Jaques Delors eingesprungen war, ging es um die historische Einordnung und den Status Quo der deutsch-französischen Beziehungen. Steinmeier zeigte sich überzeugt, dass die Beziehung der beiden Partner auch in Krisenzeiten belastbar sei und mahnte an, im gegenseitigen Verhältnis keinen Hochmut walten zu lassen. Le Borgn' betonte in diesem Zusammenhang, dass Europa mehr sei als nur ein makroökonomisches Unterfangen.

Evelyne Gebhardt, SPD-Abgeordnete im Europäischen Parlament, unterstrich, dass nur die EU gemeinsam, mit einer starken Partnerschaft zwischen Deutschland und Frankreich, in einer globalisierten Welt bestehen könne. Sie forderte dabei die beiden Länder auf, nach der Europawahl 2014 weitere Kompetenzen auf die europäische Ebene zu übertragen.



Mädchen und Jungen des bilingualen Projekts „Le Grands méchants loup“

Als spontaner Gast sprach am Ende der Veranstaltung noch die französische Ministerin für Kultur und Kommunikation, Aurélie Filippetti. Die Kulturpolitik zwischen Frankreich und Deutschland sei, neben der Jugendpolitik, eine Erfolgsgeschichte. Gerade in Zeiten der Krise müsse in eine gemeinsame Richtung geschaut werden: „Die Kultur war eines der Gründungselemente Europas. Daher müssen wir uns auch weiterhin für sie stark machen.“



Dr. Frank-Walter Steinmeier; Dr. Ulrike Guérot vom European Council on Foreign Relations; Pierre-Yves Le Borgn', Mitglied der französischen Nationalversammlung

Mein Standpunkt

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

ein turbulentes Jahr geht zu Ende. Wir haben einen erfolgreichen Parteitag erlebt, und uns geschlossen hinter unserem Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück versammelt! Das Signal an unsere politische Konkurrenz ist klar: Die SPD ist geschlossen und entschlossen. Schwarz-Gelb ist jetzt schon Geschichte. Die nächste Bundesregierung wird eine andere sein. Wir wollen einen kompletten Regierungswechsel. Das heißt im Klartext: Schwarz und Gelb müssen weg. Darum geht es im nächsten Jahr: Erst in Niedersachsen, dann in Bayern und dann im Bund. Dafür lohnt es sich engagiert zu kämpfen.

Die schlechteste Bundesregierung aller Zeiten hat die Menschen völlig verunsichert. Sie haben genug vom Hickhack dieser Koalition, vom Gezerre, vom Stillstand und allgemeiner Orientierungslosigkeit. Nicht nur Gewerkschaften und Sozialverbände wenden sich mit Grausen ab, auch die eher regierungsnahen Wirtschaft und Industrie schüttelt über so viel politisches Unvermögen nur noch den Kopf.

Bisher waren es immer SPD-geführte Regierungen, die entscheidende Modernisierungsschritte von Staat und Gesellschaft eingeleitet haben. Deswegen braucht unser Land wieder eine rot-grüne Bundesregierung. Damit es bei der Energiewende, dem Mindestlohn, der Rente, der Gleichstellung von Frauen und Männern, in der Bildung, beim Kitausbau aber auch in Europa wieder sozial gerecht und fair zugeht.

Ich wünsche Euch allen erholsame Feiertage, Gesundheit, Kraft und Kampfesmut für das neue Jahr. Denn 2013 wird uns fordern. Ich will, dass es ein sozialdemokratisches Jahr wird, mit einer neuen Regierung, einer starken SPD und einem Kanzler Peer Steinbrück.



Frank-Walter Steinmeier

Dr. Frank-Walter Steinmeier MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Wege zu einer humanen Arbeitswelt

Mehr als 300 Betriebs- und Personalräte aus ganz Deutschland diskutierten am 28. November 2012 mit der SPD-Bundestagsfraktion unter dem Titel „Humane Arbeitswelt“ über aktuelle Themen der Arbeitsmarktpolitik.

SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier kritisierte in seiner Begrüßung an der schwarz-gelben Bundesregierung, dass man das Thema Tarifeinheit – also das Prinzip „Ein Betrieb, ein Tarif“ – nicht einfach den Gerichten überlassen dürfe. Seit zwei Urteilen des Bundesarbeitsgerichts aus dem Jahr 2010 ist Handeln dringend geboten, um die Tarifeinheit wieder zu stärken und die Zersplitterung des Tarifvertragssystems zu verhindern. Außerdem forderte Steinmeier, vor dem Hintergrund der Finanzkrise müssten jetzt Regelungen zur erleichterten Inanspruchnahme von Kurzarbeitergeld per Rechtsverordnung geschaffen werden, sodass das Instrument im Bedarfsfall „sofort scharf gestellt werden kann“.

Wie können Arbeitnehmer länger fit bleiben?

Der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Detlef Wetzel, erklärte, wie Arbeitnehmer trotz Leistungsdruck und Arbeitsverdichtung länger fit bleiben können. „Es gibt zu wenig Arbeitsplätze, auf denen man gesund alt werden kann“, so Wetzel. Deutschland brauche endlich eine Anti-Stress-Verordnung: Ähnlich wie bei Vorschriften zum Lärmschutz müssten von Arbeitgebern und Politik belastbare Vorgaben ausgearbeitet werden, um Angestellte besser vor Stress zu schützen.

Bei der anschließenden Diskussion wurde deutlich, wie sehr sich in den letzten Jahren die Arbeitswirklichkeit in den Betrieben verändert hat. Viele Betriebsräte berichteten aus eigener Erfahrung, dass Arbeitsabläufe immer stärker verdichtet werden und Stress und Versagensangst zunehmen.

Was das nach sich zieht, illustrierte der Geschäftsführer der BKK, Heinz Kaltenbach: Die Krankenkassen merken zuerst, wie sehr sich die Krankheitsbilder in den letzten Jahren verschoben haben. Fehltagewegen psychischer Erkrankungen nehmen ständig zu. Im Jahr 2011 lagen psychische Erkrankungen erstmals an dritter Stelle hinter Rückenleiden und Atemwegserkrankungen. Allein auf die Diagnose „Burn-out“ gingen 2,7 Millionen Fehltag zurück.

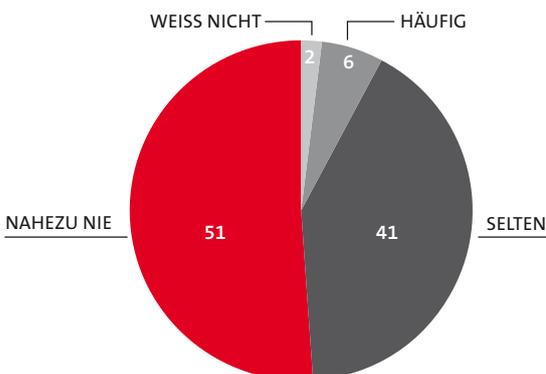
Anti-Stress-Politik im Betrieb

Wie konkrete Anti-Stress-Politik direkt im Betrieb aussehen kann, stellte Josef Bednarski, der Betriebsratsvorsitzende der Deutschen Telekom, vor. So steht z. B. in einer Richtlinie der Telekom, dass niemand, der außerhalb der Dienstzeit E-Mails versendet, eine Antwort außerhalb der Dienstzeit erwarten darf. Bei Volkswagen haben Betriebsrat und Unternehmen zum Schutz der Tarifmitarbeiter eine Vereinbarung geschlossen, nach der für dienstliche BlackBerry-Handys am Feierabend automatisch der E-Mail-Eingang abgeschaltet wird.

Altersgerechte Arbeitsplätze Fehlanzeige

Häufigkeit von Maßnahmen zur altersgerechten Arbeitsplatzgestaltung in Betrieben im Organisationsbereich der IG Metall

In Prozent



Der Präsident der Deutschen Rentenversicherung Dr. Rische referierte über flexible Übergänge in die Rente. Dabei handelt es sich um ein Kernanliegen der Gewerkschaften – und viele Betriebsräte nannten Beispiele, wo es an altersgerechten Arbeitsplätzen hapert.

Einig waren sich alle Beteiligten, dass gesetzliche und tarifliche Bausteine kombiniert werden müssen. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Lösungen zu finden, um Stress, Burn-Out und Erwerbsunfähigkeit zu verhindern. Flexible Übergänge in die Rente sind dabei genauso notwendig wie gesunde Arbeitsplätze.

Für die SPD-Bundestagsfraktion steht außer Frage: Die Arbeitswelt muss wieder menschlicher werden. Arbeitskraft ist nicht nur ein Produktionsfaktor. Es geht um Menschen mit ihren jeweiligen Bedürfnissen. Wir kämpfen dafür, dass diese wieder stärker Berücksichtigung finden.

Die Politik ist gefordert, den gesetzlichen Rahmen zu schaffen. Gewerkschaften und Betriebsräte sind gefragt, wenn es darum geht, durch Tarifverträge oder Betriebsvereinbarungen für humane Arbeitsplätze zu sorgen.

Beschneidung geregelt – Klarheit für jüdische und muslimische Eltern

Am 12. Dezember 2012 hat der Bundestag die gesetzliche Regelung zur Beschneidung von Jungen beschlossen. Die SPD-Fraktion hat sich die Entscheidung nicht leicht gemacht und die Rechtsgüter elterliches Erziehungsrecht, körperliche Unversehrtheit, Kindeswohl und Religionsfreiheit sorgfältig abgewogen. Wir haben intensiv mit Sachverständigen aus Rechtswissenschaft und Medizin sowie mit Vertreterinnen und Vertretern der jüdischen und muslimischen Glaubensgemeinschaft diskutiert. Die Abgeordneten der SPD haben über die Regelung der Beschneidung ihrem Gewissen gemäß entschieden.

Unterschiedliche Auffassungen in der SPD-Fraktion

Für einen Teil der Fraktion entspricht die Beschneidung von Jungen dem Kindeswohl, weil ihnen damit Zugang zur elterlichen Religion gegeben wird. Sie könnten so in der Geborgenheit der Gemeinschaft aufwachsen. Dazu wollen die Abgeordneten dieses Ritual unter Auflagen zulassen, um jüdisches und muslimisches Leben weiterhin zu ermöglichen. Sie befürworteten den Gesetzentwurf der Bundesregierung sowie die Änderungsanträge aus den Reihen der Fraktion, die ihn verbessert hätten. Für einen anderen Teil der Fraktion steht das Recht auf körperliche Unversehrtheit im Mittelpunkt. Sie wollten die Beschneidung erst ab dem 14. Lebensjahr nach Zustimmung der Jungen sowie nur durch Kinderchirurgen und Urologen gestatten. Dazu brachte die Kinderbeauftragte der SPD-Fraktion gemeinsam mit den kinderpolitischen Sprecherinnen der Grünen und Linken einen Gegenentwurf ein, der abgelehnt wurde.



Das Kölner Urteil brachte Unsicherheit

Mehr als 60 Jahre, seit Bestehen der Bundesrepublik, aber auch zuvor bis 1933, war die medizinisch nicht indizierte Beschneidung in Deutschland für Juden und Muslime ohne gesetzliche Regelung möglich. Für beide Religionen ist das Ritual konstitutiv. Im Mai dieses Jahres urteilte das Kölner Landgericht, dass die Beschneidung eine Körperverletzung ist. Nach dem Urteil entstand große Verunsicherung bei jüdischen und muslimischen Eltern sowie bei Beschneidern (Mohalim) und Ärzten.

Gesetzgeber musste Regelung finden

Der Bundestag musste eine Entscheidung herbeiführen, weil nach dem Urteil Eltern und Ärzte strafrechtlich hätten belangt werden können. Damit wäre Deutschland das erste Land in Europa gewesen, das die religiöse Beschneidung nicht zugelassen hätte. Deshalb hatte der Bundestag die Bundesregierung aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Rechtsgüter abwägt und jüdisches sowie muslimisches Leben weiterhin in Deutschland möglich macht.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht vor, dass Eltern ihre nicht einsichts- und urteilsfähigen Söhne ohne medizinische Indikation beschneiden lassen können, wenn die Beschneidung nach den Regeln der ärztlichen Kunst durchgeführt wird und keine gesundheitlichen Gründe dagegen sprechen. In den ersten sechs Lebensmonaten des Kindes darf die Beschneidung auch von dazu ausgebildeten Mohalim durchgeführt werden. Der Bundestag hat den Gesetzentwurf mit breiter Mehrheit beschlossen.

Die Änderungsanträge

Um den Gesetzentwurf der Regierung zu verbessern wurden zwei Änderungsanträge aus den Reihen der SPD-Fraktion eingebracht. Ein Antrag sah u. a. vor, dass ein Arzt die Eltern vor dem Eingriff aufklären muss. Für die Beschneidung sollten allgemeine Standards gelten, eine qualifizierte Schmerzbehandlung und Nachsorge sowie eine angemessene und wirkungsvolle Betäubung sollten gewährleistet werden. Eine Rechtsverordnung sollte Ausbildung und Befähigungsnachweis nichtärztlicher Beschneider regeln. Auch die Feststellung der gesundheitlichen Unbedenklichkeit des Eingriffs sollte geregelt werden. Ein weiterer Antrag sollte die Frist, innerhalb der der Eingriff von nichtärztlichen Beschneidern vorgenommen werden darf, auf zwei Monate verkürzen. Beide Änderungsentwürfe wurden von der Koalitionsmehrheit abgelehnt.

EU-Sondergipfel zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) gescheitert

Die Verhandlungen der Staats- und Regierungschefs für den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für die Jahre 2014 bis 2020 sind wie befürchtet ohne Einigung zu Ende gegangen.

Die Kommission hatte einen Vorschlag in Höhe von 1.048 Milliarden Euro vorgelegt. Auf dieser Grundlage begann das große Feilschen, bei dem sich Nettozahler, Nettoempfänger und Großbritannien – mit Kürzungsforderungen von über 170 Milliarden Euro – unversöhnlich gegenüberstanden.

Bundeskanzlerin Merkel hat sich in den Verhandlungen als Wachstumsbremse entpuppt. Die Forderung nach einer starren Begrenzung des MFR auf ein Prozent des Bruttonationaleinkommens der EU bedeutet Kürzungen von fast 90 Milliarden Euro. Das Prinzip des „better spending“ wird im Grundsatz auch von der SPD unterstützt. Doch für die Bundesregierung war dies von Beginn an nur ein Deckmantel für unverantwortliche Haushaltskürzungen. Niemand kann ernsthaft dagegen

sein, wenn die Mittel zielgerichteter eingesetzt werden. Aber das bedeutet eben auch, konsequent in die Zukunft Europas – also in Wachstum und Beschäftigung – zu investieren, anstatt weiter auf Vergangenheitssubventionen im Agrarbereich zu setzen.

Gerade die von den Kürzungsvorschlägen stark betroffene Struktur- und Kohäsionspolitik ist nicht nur ein Ausdruck der innereuropäischen Solidarität, sondern auch der Schlüssel zu einer modernen Wachstumspolitik. Der Anteil der Struktur- und Kohäsionsfondsmittel an den öffentlichen Investitionen beträgt in zwölf Mitgliedstaaten über 50 Prozent, und die drastisch gekürzten nationalen Haushalte können die dringend notwendigen Impulse für Wachstum und Beschäftigung kaum noch leisten. Daher ist die sozialdemokratische Kernforderung für einen modernen europäischen Haushalt ganz klar: Der Finanzrahmen muss der Wachstumsmotor der Europäischen Union sein.

Ja zu Griechenland – Nein zum Kurs der Bundesregierung



Kritik am Krisenmanagement der Bundesregierung ist berechtigt: am Verfahren, am Anpassungsprogramm für Griechenland, am Umgang mit dem Parlament, an unrealistischen Annahmen. Aber die SPD-Fraktion wird sich nicht in eine Reihe mit unverantwortlichen Populisten aus CSU und FDP stellen, die immer wieder den Austritt Griechenlands aus der Eurozone fordern. Das klare Bekenntnis zum Verbleib Griechenlands in der Währungsunion ist ein wichtiges Signal, damit das Land überhaupt wieder Investitionen anzieht. Deshalb hat die SPD-Fraktion erneut einem Hilfspaket für Griechenland zugestimmt. Die konkreten Maßnahmen bewahren Griechenland vor einer Staatspleite, die fatale Auswirkungen auf die gesamte Eurozone, und auch auf den Wohlstand in Deutschland hätte. Und Griechenland bekommt Zeit. Zeit, die das Land braucht, um die notwendigen Strukturreformen anzugehen. Ein modernisierter Verwaltungsapparat und Rechtssicherheit sind für ein positives Investitionsklima zwingend.

Den Austeritätskurs (striktes Sparprogramm) der Bundesregierung tragen wir deshalb nicht mit: Griechenland braucht wirtschaftliche Erholung und Wachstum, um zu einem soliden Haushalt zurück zu kehren. Und da bleiben wir bei unseren Forderungen: Ein Aufbauprogramm aus Mitteln der Finanztransaktionssteuer, ein europäischer Schuldentilgungsfonds für Altschulden gemäß den Vorschlägen des Sachverständigenrates zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und ein Programm gegen die Jugendarbeitslosigkeit.

Außerdem darf die Demokratie in Griechenland nicht auf den Prüfstand. Und bei aller Kritik an überkommenen Strukturen, Steuerhinterziehung und Korruption in Griechenland: Besonders die jungen Menschen brauchen Solidarität und Hoffnung und einen Vertrauensvorschuss.

Im Gespräch: Peer Steinbrück über die Regulierung der Finanzmärkte



Peer Steinbrück hat als Finanzexperte ein Positionspapier der SPD-Fraktion vorgelegt, das Vorschläge macht zur Bändigung der Finanzmärkte. Im Interview mit Fraktion Intern erläutert er seine Maßnahmen und erklärt, wie die Politik Vertrauen zurückgewinnen kann.

Seit fünf Jahren haben wir eine Finanzkrise, die erst Banken, dann ganze Staaten erfasst hat. Wie kam es eigentlich dazu?

später Wirtschaftskrise aus. Jetzt haben wir es neben nach wie vor labilen Verhältnissen im Bankensektor gar mit einer Notlage ganzer souveräner Nationalstaaten zu tun, die auf der Wegstrecke der Krise in eine dramatisch hohe Staatsverschuldung gerutscht sind. Die Ursachen waren ganz sicher unterregulierte Finanzmärkte und eine immense Risikoignoranz bei vielen Finanzmarktakteuren. Aber auch eine ungleiche Verteilung von Vermögen, hat zur Krise beigetragen. Die Investition in Finanzprodukte hat sich für viele Vermögende besser rentiert als die Anlage in der Realwirtschaft.

Peer Steinbrück: Alles begann mit einer Blase im Hypothekenmarkt der Vereinigten Staaten, die zunächst beherrschbar erschien. Die wuchs sich dann allerdings zu einer weltweiten Finanz- und

Der SPD wird gern vorgeworfen, sie habe mit ihrer Regierungspolitik Hedgefonds und anderen Schattenbanken erst Tor und Tür geöffnet für ihr zügelloses Treiben. Warum ist der Vorwurf falsch?

Die rot-grüne Bundesregierung hat sich seinerzeit im Rahmen von G7- und G8-Gesprächen für die Regulierung von Hedgefonds und die Abschaffung der Offshore Finanzzentren, wo viele Finanzmarktakteure ihren Sitz haben, eingesetzt. Aber die USA und Großbritannien waren dazu nicht bereit, nicht einmal zur Herstellung von Transparenz als Grundvoraussetzung für sich angeblich selbst regulierende Märkte. Bei der Modernisierung der Finanzmarktgesetzgebung hat sich Rot-Grün für die Zulassung und Regulierung der Hedgefonds in Deutschland entschieden. Und die war nicht so nachlässig, wie jetzt im Nachhinein behauptet wird. Vor der Finanzkrise waren von den weltweit etwa 9000 Hedgefonds maximal 40 in Deutschland beheimatet, und in der Krise sind die nicht auffällig geworden. Auch weil die Regulierung durchaus ge-griffen hat.

Die SPD-Fraktion fordert seit Jahren eine Finanztransaktionssteuer. Was genau ist das für eine Steuer? Warum ist ihre Einführung auch eine Gerechtigkeitsfrage?

den Finanzmärkten ungeschoren davonkommen. Die Finanztransaktionssteuer funktioniert im Prinzip wie eine Umsatzsteuer auf Finanzprodukte. In der Diskussion sind minimale Steuersätze von 0,01 bis 0,5 Prozent. Schätzungen zufolge könnte mit der Steuer europaweit ein Aufkommen von 57 Milliarden Euro generiert werden. Das wäre schon eine Hausmarke auch im Vergleich zu den 400 Milliarden Euro mit denen die europäischen Banken in der Krise rekapitalisiert wurden. Ich bin froh, dass sich die Hartnäckigkeit der SPD ausgezeichnet hat und wir die Bundesregierung zu einer europäischen Initiative haben zwingen können. Nun werden voraussichtlich elf Länder im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit in Europa eine solche Steuer einführen.

Es geht darum, die Verursacher der Krise an den Kosten zu beteiligen. Das ist vor allem eine Gerechtigkeits- und Glaubwürdigkeitsfrage. Die Menschen fragen sich, warum sie für Bankenrettungspakete zahlen sollen und die Akteure auf

Werden denn mit der Finanztransaktionssteuer nicht auch „kleine“ Aktienbesitzer und Kleinsparer belastet?

Nein. Bis zu 85 Prozent der Umsätze, die der Steuer unterliegen sollen, werden ausschließlich von Finanzinstituten untereinander abgewickelt. Bankprovisionen wie z. B. bei einem Riestervertrag sind um ein Vielfaches höher als die eventuell zu zahlende Steuer. Obwohl man nicht ausschließen kann, dass Banken einige Kosten auf Kunden abwälzen, wird deren Belastung im Rahmen bleiben.

In deinem Konzept zur Finanzmarktregulierung sprichst du davon, dass viel Vertrauen verloren gegangen sei – auch in die Politik. Wie lässt sich dieses Vertrauen zurückgewinnen?

Durch Wahrhaftigkeit. Politik muss sich ehrlich machen und den Menschen klar sagen, was Sache ist. Transparenz und Offenheit schaffen Vertrauen. Viele Menschen schrecken vor allem vor den Ritualen von Parteien zurück und haben das Gefühl, dass alle nur Theater spielen. Außerdem haben die Menschen massive Zweifel in die Lösungskompetenz von Politik. Sie fragen sich, was Politiker eigentlich noch im Griff haben. Dieses Ohnmachtsgefühl ist durch die Finanzkrise deutlich bestärkt worden. Das alles lässt sich nur durch entschlossenes Handeln wiedergutmachen.

Du schreibst, dass das Investmentbanking vom Geschäftsbanking getrennt werden muss, um das Erpressungspotenzial der Banken zu verringern. Wie genau soll das funktionieren?

Meine Vorstellung ist, dass unter dem Dach einer Holding Kredit- und Einlagengeschäft, Investmentbanking und andere Geschäftsbereiche als rechtlich und wirtschaftlich eigenständige Tochterunternehmen mit eigenen Bilanzen und Vorständen geführt werden. Durch die Trennung der Geschäftsbereiche werden Risiken transparent gemacht und Risiko und Haftung zusammen geführt: Die Haftung für Risiken findet in dem Geschäftsbereich statt, in dem die Risiken eingegangen wurden. Fallen in einem riskanten Geschäftsbereich hohe Verluste an, bleibt der Schaden auch auf diesen Geschäftsbereich beschränkt.

Die Bundesregierung kann mit Steuereinnahmen auf Rekordniveau rechnen. Dennoch plant sie, 2013 neue Schulden zu machen. Was macht die Koalition falsch?

Der Grund ist einfach: Für den Zusammenhalt der Koalition werden kleine Präsenten an alle Koalitionspartner verteilt – Betreuungsgeld oder die Hotelierssteuer – die den Bundeshaushalt belasten und unnötig sind. Die Bundesregierung sorgt nicht vor. Ihr ergeht es wie im Märchen von den Sternthalern: Sie hat mehr Glück als Verstand und nimmt mehr Geld ein als gedacht, muss weniger Zinsen zahlen als gedacht und wird durch die geringeren Sozialausgaben entlastet. Eine phantastische Situation der Stärke. Leider nutzt diese Regierung die Chancen dieser Lage nicht. Sie läuft mit dem erhobenen Zeigefinger der Konsolidierung durch Europa und ist im eigenen Land nicht in der Lage eine ehrgeizige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in guten Zeiten zu erreichen.

Ganz ehrlich: Kommt Griechenland jemals wieder auf die Füße? Wieviel Geld wird das noch kosten? Wäre es nicht besser, das Land bankrott gehen zu lassen?

Ein Staatsbankrott Griechenlands hätte fatale Folgen für die Stabilität des gesamten Währungsraums. Die Kosten eines Austrittes aus dem Euro sind immens und die Ansteckungseffekte auf andere Euro-Staaten sind unkalkulierbar. Nein, ein Bankrott Griechenlands ist keine Option. Das hat im Laufe des Sommers auch die Bundesregierung erkannt, nachdem sie mit einem Rausschmiss der Griechen aus dem Euro lange die populistische Klaviatur bespielt hat. Die Rettung Griechenlands wird Geld kosten. Das sagen wir seit zweieinhalb Jahren. Wie viel genau, das kann niemand seriös vorhersagen. Griechenland hilft nur Wachstum und nicht die Fortsetzung von Austeritätsprogrammen. Man muss ehrlich sagen, dass das Land noch geraume Zeit auf Unterstützung angewiesen sein wird.

Zum Abschluss eine eher persönliche Frage: Wie gehst du damit um, wenn man deine Arbeit als Politiker kritisiert?

Sportlich. Als Politiker steht man im Schaufenster und ist damit immer Kritik ausgesetzt. Die ist Teil des Berufs und nicht persönlich zu nehmen.

Das vollständige Interview mit Peer Steinbrück lässt sich auf www.spdfraktion.de nachlesen. Oder direkt über folgenden QR-Code:



Versprochen – gebrochen



Merkel im Faktencheck

Ob in der Haushaltsdebatte im Bundestag oder beim CDU-Parteitag – Kanzlerin Merkel lobt ihre Regierung über den grünen Klee. Doch das Selbstbild der Kanzlerin und das Bild der Deutschen von ihrer Regierung könnten gegensätzlicher kaum sein. Zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger sind überzeugt: Merkels Regierung kümmert sich nicht um die Zukunftsprobleme des Landes. 70 Prozent kritisieren, dass Schwarz-Gelb nur Klientelinteressen bedient und das Allgemeinwohl vernachlässigt.

Wir nehmen die Politik der schwarz-gelben Bundesregierung unter die Lupe und fragen: Welche Versprechen hat die Kanzlerin der Bevölkerung gemacht? Welche Ankündigungen stehen im schwarz-gelben Koalitionsvertrag – und was ist daraus geworden?

Versprochen: „Arbeitschancen für alle“ (Koalitionsvertrag)

Gebrochen: Kahlschlag bei der Arbeitsförderung

Statt die Chancen von Menschen ohne Arbeit durch bessere Vermittlung und Qualifizierung zu verbessern, greift Schwarz-Gelb die Arbeitsförderung an. Bis 2016 summiert sich der Kahlschlag zu Lasten der aktiven Arbeitsmarktpolitik auf 36,5 Milliarden Euro. Schwarz-Gelb vertieft die Spaltung des Arbeitsmarktes – mit Fachkräftengpässen auf der einen und immer noch hoher Langzeitarbeitslosigkeit auf der anderen Seite – und das, obwohl aufgrund der stagnierenden Konjunktur bereits dunkle Wolken über dem Arbeitsmarkt aufziehen.

Versprochen: „Bildungsrepublik Deutschland“ (Koalitionsvertrag)

Gebrochen: Bildungsrepublik gescheitert

Die Regierung Merkel betreibt eine orientierungslose Bildungspolitik, die sich in wirkungslosen Schaulustprojekten erschöpft und keinen nachhaltigen Beitrag für mehr Chancengleichheit oder bessere Bildung leistet. 160.000 zusätzliche Stipendien hat Schwarz-Gelb versprochen – weniger als 11.000 sind es geworden. 300.000 ausländische Bildungsabschlüsse sollten anerkannt werden – ganze 270 Anerkennungsbescheide sind bislang ausgestellt worden. Alle ausbildungsfähigen Jugendlichen sollten einen Ausbildungsplatz bekommen – 76.000 ausbildungsreife Jugendliche stehen ohne Lehrstelle da. Statt in Kitas und Ganztagschulen zu investieren, verschleudert Merkel Milliarden für ein bildungsfeindliches Betreuungsgeld.

Versprochen: „Entlastung für untere und mittlere Einkommensbereiche“ (Koalitionsvertrag)

Gebrochen: Klientelpolitik und Steuergeschenke für Reiche

Milliardengeschenke für Hoteliers und reiche Erben, Zusatzbelastungen für einkommenschwache Familien und gesetzlich Krankenversicherte – das ist die schwarz-gelbe Schadensbilanz. Dass die versprochenen Steuersenkungen angesichts der krisenbedingten Belastungen der öffentlichen Haushalte unrealistisch waren, stand bereits bei der Formulierung des Koalitionsvertrages fest. Die schwarz-gelben Steuerpläne sind zu einem Sinnbild unverantwortlicher und realitätsverweigernder Politikversprechen geworden, die einen großen Vertrauensschaden bei den Bürgerinnen und Bürgern verursacht haben.

Versprochen: „kein Finanzmarkt, der nicht reguliert ist“ (Koalitionsvertrag)

Gebrochen: Spekulanten können weiter machen wie bisher

Statt risikoreiche und realwirtschaftlich nutzlose Spekulationsgeschäfte zu beschränken bzw. zu verbieten, können die Verursacher der Krise weiter machen wie bisher. Die Kosten der Finanzkrise tragen die Steuerzahler und belasten die öffentlichen Haushalte, während Spekulanten verschont bleiben. Die Bereitschaft der Bundesregierung, sich in Europa für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer

einzusetzen, kam nur auf Druck der SPD im Rahmen der Verhandlungen zum Fiskalpakt zustande. Geliefert hat die Regierung noch nicht.

Versprochen: „nachhaltiges Wachstum“ (Koalitionsvertrag)

Gebrochen: wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Stagnation

Das Wirtschaftswachstum in Deutschland stagniert, Teile Europas sind in der Rezession angekommen – doch in der Wirtschaftspolitik herrscht seit drei Jahren Stillstand. Schwarz-Gelb hat kein Konzept für nachhaltiges Wirtschaftswachstum, bremst Investitionen aus und vernachlässigt die Industrie. Wichtige Investitionen in Wachstumsbranchen, Infrastruktur und Innovationen bleiben aus. Merkel hat die Städtebauförderung massiv gekürzt, die Verkehrsinfrastruktur ist hoffnungslos unterfinanziert. Die Energiewende, deren Gelingen über die künftige Stärke unserer Volkswirtschaft entscheidet, droht im schwarz-gelben Chaos stecken zu bleiben.

Versprochen: „saubere, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung“ (Koalitionsvertrag)

Gebrochen: Gefährdung der Energiewende

Das energiepolitische Chaos und das Fehlen klarer Konzepte der Bundesregierung haben zu einem nahezu kompletten Verlust von Planbarkeit und Investitionssicherheit in der Energiewirtschaft geführt. Maßnahmen gegen soziale Verwerfungen durch steigende Energiepreise fehlen. Notwendige Investitionen werden gehemmt, die Versorgungssicherheit gefährdet. Ausreichende Anreize für mehr Effizienz bei der Erzeugung und Nutzung von Energie gibt es nicht. Der Ausbau von Übertragungsnetzen und Speichern hinkt dem Ausbau der erneuerbaren Energien meilenweit hinter her.

Versprochen: „Benachteiligung von Frauen beseitigen“ (Koalitionsvertrag)

Gebrochen: Diskriminierung geht weiter

An dem verschwindend geringen Anteil von Frauen in Führungsgremien von Unternehmen hat sich in den letzten drei Jahren nichts geändert. Schwarz-Gelb setzt weiter auf freiwillige Selbstverpflichtungen – obwohl längst klar ist, dass nur eine gesetzliche Quote für mehr Gleichstellung sorgen kann. Frauen verdienen im Schnitt immer noch deutlich weniger als Männer. Doch die Koalition sorgt nicht für gleichen Lohn für gleiche Arbeit per Gesetz. Minijobs sind für viele Frauen zur Teilzeitfalle geworden. Doch Schwarz-Gelb weitet die Minijobs noch aus. Wahlfreiheit ist für viele Frauen nicht Realität, weil es zu wenig Kitaplätze gibt. Aber Union und FDP investieren lieber in ein unsinniges und rückwärtsgerichtetes Betreuungsgeld.

Versprochen: robustes Gesundheitssystem – besser, aber „definitiv nicht teurer“ (Rösler)

Gebrochen: Steigende Beiträge für Normalverdiener sowie Rentnerinnen und Rentner

Das Ergebnis schwarz-gelber Gesundheitspolitik sind höhere Beitragssätze, die Kopfpauschale ohne Sozialausgleich sowie Geschenke an die private Krankenversicherung, an Teile der Ärzte, Pharmakonzerne, Apotheker und Arbeitgeber. Merkel hebt die Solidarität im Gesundheitssystem aus: Steigende Kosten tragen die Versicherten künftig alleine. Vor allem Bezieherinnen und Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen sowie Rentnerinnen und Rentner werden zusätzlich belastet.

Versprochen: „Jahr der Pflege“

Gebrochen: Etikettenschwindel Pflegereform

Merkel hat die großen, drängenden Herausforderungen in der Pflege auf die lange Bank geschoben: Der versprochene und dringend nötige neue Pflegebedürftigkeitsbegriff wurde nicht umgesetzt. Von einem Ansatz für eine langfristige und nachhaltige Finanzierung der Pflegeversicherung kann keine Rede sein. Die minimalen Verbesserungen für Menschen mit Demenz können nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine umfassende Pflegereform von Union und FDP nicht zu erwarten ist.

Fazit

Das Ergebnis ist eindeutig: Merkel und ihr Kabinett versprechen viel und halten wenig. Reden und Handeln klaffen bei der schwarz-gelben Bundesregierung meilenweit auseinander. „Merkels Märchen von der Superregierung“, kommentiert Spiegel Online.

Fakt ist: Merkel führt nicht die „erfolgreichste Regierung seit der Wiedervereinigung“, sondern die schlechteste Regierung seit Gründung der Bundesrepublik.



Den ausführlichen Faktencheck finden Sie hier: <http://www.spdfraktion.de/themen/schwarz-gelb>. Oder über nebenstehenden QR-Code.

„Bedrohung durch Rechtsextremismus nicht gesehen“

Der Untersuchungsausschuss zum Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) hat in diesem Jahr für viele Schlagzeilen gesorgt und etliche wichtige Versäumnisse der Behörden offengelegt. Sebastian Edathy, der Ausschussvorsitzende, Eva Högl, Obfrau der SPD-Fraktion, und Sönke Rix, ebenfalls Mitglied im U-Ausschuss, blicken im Interview mit Fraktion Intern auf ihre Arbeit im Jahr 2012 zurück.



V.l.n.r. Sebastian Edathy, Vorsitzender des NSU-Untersuchungsausschusses; Dr. Eva Högl, Sprecherin der Arbeitsgruppe des NSU-Untersuchungsausschusses; Sönke Rix, Mitglied im NSU-Untersuchungsausschuss

Was sind aus deiner Sicht die größten Erfolge des Ausschusses?

Sönke Rix: Für mich ist die reibungslose und an der Sache orientierte Zusammenarbeit im Ausschuss ein großer Erfolg, weil wir gegenüber den Behörden bislang immer mit einer Stimme gesprochen haben.

Eva Högl: Ohne die Arbeit dieses Untersuchungsausschusses wären die vielen Fehler und Missstände bei der Zusammenarbeit der Polizeien, Staatsanwaltschaften und Verfassungsschutzbehörden nicht öffentlich erkennbar geworden. Hier Transparenz herzustellen und damit auch das Thema „Umgang mit Rechtsextremismus“ öffentlich immer wieder auf der Tagesordnung zu halten, sind sicherlich Erfolge dieses Ausschusses.

Durch eure Arbeit wurden etliche Verfehlungen von Behörden offenbar.

Was war für dich der erschreckendste Moment?

Sebastian Edathy: Nach wie vor für unglaublich halte ich Fälle von Aktenvernichtungen in den Behörden. Als das Trio im November aufflog, hätte sofort durch die Innenminister des Bundes und der Länder ein Aktenvernichtungs-Stopp erfolgen müssen. Im Verlauf dieses Jahres sind noch wichtige Akten geschreddert worden.

Eva Högl: Besonders erschreckt hat mich, wie eindeutig sich aus den Akten und aus den Zeugenaussagen entnehmen ließ, dass ein mögliches fremdenfeindliches Motiv der Morde und Sprengstoffanschläge durch die ermittelnden Behörden einfach ignoriert oder beiseite geschoben wurde.

Sönke Rix: Von der Polizei betriebene Dönerbuden, Geisterbeschwörer, Verfahrenswirrwarr, Ku-Klux-Klan, Zeugen, die behaupten, ihre Verweigerungshaltung und Ermittlungsfehler hätten ihnen doch schließlich nachträglich recht gegeben: Jedes Mal, wenn so etwas ans Licht kommt, schüttelt man den Kopf.

Nach alledem, was bis dato herausgekommen ist – wie erklärst du dir, dass niemand dem NSU-Trio auf die Schliche gekommen war?

Eva Högl: Man kann schon feststellen, dass die Bedrohung durch den Rechtsextremismus einfach nicht gesehen wurde. Es fehlte offenbar an der nötigen Sensibilität. Hinzu kommt noch, dass es erhebliche Probleme im Austausch der vielen vorliegenden Informationen zwischen den Behörden und in der Zusammenarbeit der Behörden miteinander gegeben hat.

Sönke Rix: Auch meiner Meinung nach war der entscheidende Fehler, dass sich die ermittelnden Behörden überhaupt nicht vorstellen konnten, dass man bei all den Spuren auch einmal in Richtung Rechtsextremismus hätte ermitteln müssen.

Sebastian Edathy: Ich halte es für offenkundig, dass mit Blick auf die Opfer mit Migrationshintergrund eindeutig vorurteilsbehaftet ermittelt worden ist. Der Grundsatz, Verbrechen objektiv aufzuklären, wurde verletzt.

Wie genau muss man sich deine Ausschussarbeit vorstellen? Wie gehst du vor? Schildere doch mal einen typischen Arbeitstag von dir für den NSU-Ausschuss.

Eva Högl: Meine Arbeit für den NSU-Ausschuss findet auf zwei Ebenen statt. Zum einen die Vorbereitung auf die jeweiligen Sitzungen des Ausschusses durch intensives Aktenstudium und die eigentliche Befragung der Zeugen an den jeweiligen Sitzungsterminen. Zum anderen bin ich aber auch sehr viel unterwegs, um mit den Menschen in Deutschland im Rahmen unterschiedlichster Veranstaltungen über die Arbeit des Ausschusses zu reden und zu diskutieren.

Sönke Rix: Der Ausschuss tagt jeden Donnerstag in der Sitzungswoche. In vielen Wochen kommen aber noch zusätzliche Sondersitzungen Freitags oder Mittwochs hinzu. Wir beginnen dann mit einer Beratungssitzung für Verfahrensfragen und weitere Beweisbeschlüsse um 9 Uhr. Um 10 Uhr beginnen die Zeugenvernehmungen. Wir „schaffen“ pro Tag ungefähr drei Zeugen, da wir auf Wunsch der Grünen versuchen, gegen 22 Uhr mit den Befragungen fertig zu sein. Dazwischen haben wir höchstens mal Pause für eine namentliche Abstimmung oder ein kurzes Mittagessen. Am schwierigsten ist es, über zwölf, dreizehn Stunden die Konzentration aufrechtzuerhalten.

Ihr strebt an, eure Arbeit zum Ende der Legislatur abzuschließen. Kann man schon sagen, welche Empfehlungen ihr dem neuen Bundestag geben werdet? Welche Resultate und Konsequenzen zeichnen sich ab?

Sebastian Edathy: Handlungsempfehlungen aussprechen und aufzeigen zu können, wie solche Taten zukünftig verhindert bzw. zielführender aufgeklärt werden können, ist das oberste Ziel dieses Ausschusses. Wenn uns das gelingt, dann war dieser Ausschuss über alle Maßen erfolgreich.

Eva Högl: Es wird Änderungsvorschläge für die Organisation und die Arbeitsweise der Sicherheitsbehörden geben, das ist sicher. Mir ist es dabei besonders wichtig Wege zu finden, um die Ermittlungsbehörden zu verpflichten, bei Gewalttat-Opfern mit Migrationshintergrund standardmäßig auch nach einem möglicherweise fremdenfeindlichen Motiv zu suchen und etwa den Verfassungsschutz hier routinemäßig auf geeignete Art und Weise einzubinden.

Sönke Rix: Ich werde mich in diesem Zusammenhang zudem besonders intensiv um den Bereich Prävention und Zivilgesellschaft kümmern.



Das vollständige Interview mit den drei Abgeordneten ist hier nachzulesen: www.spdfraktion.de/themen/rechtsextremismus oder über den nebenstehenden QR-Code:

Otto-Wels-Preis ausgelobt

Am 23. März 2013 jährt sich die Rede des SPD-Reichstagsabgeordneten Otto Wels gegen das Ermächtigungsgesetz zum 80. Mal. Mit diesem Gesetz der Nationalsozialisten trat der Reichstag im März 1933 seine Rechte als Gesetzgeber an das NS-Regime ab und besiegelte damit das Ende der Weimarer Demokratie. Allein die sozialdemokratische Fraktion widersetzte sich und stimmte gegen die Ermächtigung Hitlers. Unter Lebensgefahr sprach Otto Wels für seine Fraktion vor dem Reichstag und begründete eindrucksvoll das Nein der Sozialdemokraten.

Aus diesem Anlass lobt die SPD-Bundestagsfraktion erstmals den „Otto-Wels-Preis für Demokratie“ im Rahmen eines Kreativwettbewerbs für Jugendliche aus.

Ziel ist es, Demokratie und Toleranz in der jungen Generation zu fördern, indem Jugendliche und junge Erwachsene angeregt werden, sich mit der historischen Bedeutung der Rede von Otto Wels und ihrer bleibenden Aktualität für unsere Gesellschaft in Gegenwart und Zukunft auseinanderzusetzen. Wie die Verbreitung rechtsradikaler, rassistischer und antidemokratischer Einstellungen und nicht zuletzt die Mordserie der rechtsextremistischen Terrorzelle NSU zeigen, müssen wir unsere freiheitliche Demokratie stets aufs Neue verteidigen und bewahren.

Beteiligen können sich Jugendliche und junge Erwachsene im Alter zwischen 16 und 21 Jahren. Drei Wettbewerbsaufgaben stehen zur Auswahl. Die Jugendlichen können beispielsweise eine Rede verfassen oder eine Demokratie-Kampagne gestalten. Zugelassen sind Einzel- und Gruppenarbeiten von maximal drei Teilnehmern. Die Gewinnerinnen und Gewinner werden im März zur Preisverleihung nach Berlin eingeladen. Einsendeschluss ist der 4. Februar 2013. Die ausführliche Ausschreibung, das Teilnahmeformular und viele Hintergrundinformationen sind zu finden unter www.spdfraktion.de/ottowelspreis oder den nebenstehenden QR-Code.



Merkel bald Weltmeisterin – bei Rüstungsexporten!

Schon jetzt steht Deutschland auf Platz drei der weltweiten Rüstungsexporteure. Doch wenn Angela Merkel so weiter macht, wie in den zurückliegenden Monaten, dürfte sie bald den ersten Weltmeistertitel ihrer Karriere erlangen: als Rüstungsexportweltmeisterin. Ob Leopard 2- Panzer für Saudi-Arabien und Indonesien, die Ausweitung der Rüstungslieferungen an Israel und jetzt möglicherweise auch noch straßentaugliche Radpanzer vom Typ „Boxer“ für die saudischen Scheichs – verscherbelt wird fast alles, was die deutsche Rüstungsindustrie produziert.

Strenge Auflagen beiseite geschoben

Die schwarz-gelbe Bundesregierung lässt dabei alle Hemmungen fallen und exportiert munter drauf los. Allein im vergangenen Jahr wurden Ausfuhrgenehmigungen im Gesamtwert von über 10 Milliarden Euro erteilt. Davon entfielen 42 Prozent auf sogenannte Drittländer. 2010 waren es „nur“ 29 Prozent. Dabei unterliegen Rüstungsexporte in Länder, die nicht Mitglied der EU oder NATO sind, strengen Auflagen – besser gesagt, sie unterlagen bislang strengen Auflagen. Denn unter Schwarz-Gelb hat sich still und heimlich eine neue Rüstungsexportpolitik etabliert, die sich auch mit dem Begriff der „Merkel-Doktrin“ umschreiben lässt. Danach werden selbst Länder, die sowohl aus sicherheitspolitischer als auch aus menschenrechtlicher Sicht höchst problematisch sind, zu strategischen Partnern und Stabilitätsankern aufgewertet. Folglich kommen sie leichter in den Genuss deutscher Rüstungsprodukte und kompensieren die schwindenden Auftragseingänge aus dem Inland für die deutsche Rüstungsindustrie.

Beratungen des Bundessicherheitsrats über Rüstungsexportgeschäfte sind grundsätzlich geheim. Kommt ein Exportgeschäft zustande, wird es mit monatelanger Verzögerung im Rüstungsexportbericht der Bundesregierung veröffentlicht. Begründet werden Exportentscheidungen darin nicht. So kam erst vor wenigen Wochen der Rüstungsexportbericht 2011 ins Kabinett – fast zwei Jahre nach Beginn des Berichtszeitraums.

Gerade am Beispiel Saudi-Arabien wird die systematische Missachtung der unter Rot-Grün eingeführten Rüstungsexportrichtlinien deutlich. Denn der Radpanzer „Boxer“ eignet sich nicht nur zur Landesverteidigung, sondern könnte gegebenenfalls auch gegen Demonstranten eingesetzt werden. Der Rüstungsexportbericht 2011 belegt, dass

im vergangenen Jahr der zweithöchste Stand aller jemals genehmigten Rüstungsexporte erreicht wurde. Saudi-Arabien erhielt 2011 Kriegswaffen im Wert von 30 Millionen Euro aus Deutschland.

Parlament an Entscheidungen beteiligen

Die SPD-Bundestagsfraktion hat bereits im Frühjahr 2012 einen Antrag eingebracht, der eine frühzeitigere Einbindung des Bundestages vorsieht. So fordern wir, dass der Rüstungsexportbericht der Bundesregierung spätestens drei Monate nach Ablauf des jeweiligen Kalenderjahres zu veröffentlichen und gemeinsam mit dem Bundestag ein gestuftes angemessenes, zeitnahes und praktikables Verfahren zur parlamentarischen Beteiligung an Rüstungsexportentscheidungen zu entwickeln ist.

Im Parlament soll analog dem Parlamentarischen Kontrollgremium zur Kontrolle der Nachrichtendienste ein vertrauliches parlamentarisches Gremium geschaffen werden, das vierteljährlich und gegebenenfalls anlassbezogen über anstehende Entscheidungen einer gewissen Bedeutung informiert wird. Darüberhinaus ist diesem Gremium regelmäßig über alle im Bundessicherheitsrat getroffenen Exportgenehmigungen sowie über deren Umsetzung und Kontrollmaßnahmen zu berichten.

Doch die Koalition hat schon mitgeteilt, was sie von Forderungen nach mehr Transparenz bei Rüstungsexportentscheidungen hält: Nichts! Merkels Truppe will an ihrer Geheimhaltungspraxis festhalten. „Die Bundesregierung sieht keinen Grund, an dieser Staatspraxis, die seit Jahrzehnten geübt wird, etwas zu ändern“, kommentierte Regierungssprecher Steffen Seibert den Appell der Opposition für mehr Transparenz.

Da helfen nur andere Mehrheiten nach dem 22. September 2013.



Doha – nicht mehr als ein laues Etappenergebnis

Die weltweit zunehmenden Extremwetterlagen, die zu mehr Dürren und Überschwemmungen führen, zeigen: Der Klimawandel macht an keiner Grenze halt. Sollte der weltweite Klimaschutz nicht wieder in Gang kommen, wird es gefährlicher und teurer für alle. Aktuell lehrt der verheerende Sturm „Sandy“ in den USA, was die Beseitigung dieser Schäden kostet: Rund 60 Milliarden US-Dollar.

Erst in der Verlängerung wurde auf der UN-Klimakonferenz in Doha ein Minimalergebnis erzielt: Die 27 EU-Staaten und 10 weitere Länder – darunter Australien – haben sich auf die Fortsetzung des Kyoto-Protokolls (Kyoto II) von 2013 bis Ende 2020 verständigt. Sie stehen aber nur für 15 Prozent des weltweiten Treibhausgasausstoßes. Weil die Reduktionsziele für den Treibhausgasausstoß so gering sind, sollen diese Staaten ihre Klimaziele bis 30. April 2014 erhöhen.

Nicht dabei sind Japan, Neuseeland, Russland und Kanada und wie bisher USA und China. Nach 2020 soll ein neues verbindliches, weltweites Klimaschutz-Abkommen in Kraft treten. In Doha wurde dafür ein grober Arbeitsplan beschlossen. An den Verhandlungen werden sich auch die USA beteiligen.

Bundesregierung und EU: Chancen in Doha erneut vertan

Das CO₂-Reduktionsziel der EU bis 2020 konnte nicht von 20 auf 30 Prozent gegenüber 1990 angehoben werden, obwohl die 20-Prozentmarke schon 2015 erreicht wird. Damit hat die EU nicht nur ihre Vorreiterrolle eingebüßt, sondern sie präsentiert sich gespalten. Polen verhinderte die Anhebung des Reduktionsziels und ließ die EU als handlungsunfähig dastehen. Das lag u.a. an der schlechten Vorbereitung, wofür auch die Bundesregierung Verantwortung trägt. Durch die Uneinigkeit zwischen Umweltminister Altmaier (CDU) und Wirtschaftsminister Rösler (FDP) sowie das Nichteingreifen der Kanzlerin wurde Deutschland in der EU selbst zum Bremsen. Rösler lehnt z. B. das EU-weite 30-Prozentziel genauso ab wie eine Korrektur des Emissionshandels. Letzterer erlebt einen solch rapiden Preisverfall für die Verschmutzungszertifikate, dass der Fonds zur Finanzierung der Energiewende in Gefahr ist. Auch bei der Energieeffizienz streut Schwarz-Gelb nur Sand ins Getriebe und den Ausbau der Erneuerbaren Energien wollen sie deckeln, weil sie völlig planlos bei der Energiewende sind. Dabei ist der Umbau unserer Energieversorgung eine Grundvoraussetzung für den Klimaschutz.

Was noch in Doha vereinbart wurde:

Für den Handel mit CO₂-Zertifikaten gelten im Rahmen von Kyoto II starke Einschränkungen. Offen ist aber, was nach 2020 folgt. Russland und Polen verfügen noch über große Mengen an Verschmutzungsrechten, da sie durch den Zusammenbruch ihrer Schwerindustrie viel weniger Treibhausgase ausstoßen, als ihnen damals zugestanden wurden. Beide wollen die überschüssigen Zertifikate gern verkaufen.

Den ärmeren Ländern wurde von einigen Industriestaaten mehr Geld für den Einsatz Erneuerbarer Energien und Anpassungen an die Auswirkungen des Klimawandels zugesagt, insgesamt 7 Milliarden Euro. Deutschland zahlt 1,8 Milliarden Euro für 2013 und 2014. Allerdings blieb unklar, wie die 100 Milliarden, die ab 2020 jährlich an die Entwicklungsländer fließen sollen, finanziert werden können.

Was ist jetzt zu tun

Mit den Doha-Ergebnissen ist das Ziel, dass die Erderwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts nicht über zwei Grad gegenüber des vorindustriellen Zeitalters ansteigen darf, nicht zu schaffen. Bis zur Klimakonferenz 2013 in Warschau müssen auf den Treffen neue Anstrengungen unternommen werden, damit der Klimaschutz bei Industriestaaten und Schwellenländern oben auf die Agenda kommt. Die SPD-Bundestagsfraktion hat mit den Grünen vor der Doha-Konferenz konkrete Forderungen an eine deutsche und europäische Klimapolitik formuliert. Dazu gehört u. a. ein deutsches Klimaschutzgesetz, die Fixierung des 30-Prozentziels in Europa sowie das Bilden von Allianzen der Willigen, die als Motor den internationalen Klimaschutz vorantreiben. Doch damit Deutschland beim Klimaschutz wieder tonangebend wird, brauchen wir eine rot-grüne Politik ab September 2013.

Der Antrag kann nachgelesen werden auf www.spdfraktion.de oder direkt über nebenstehenden QR-Code.



Gorleben: aus Fehlern lernen

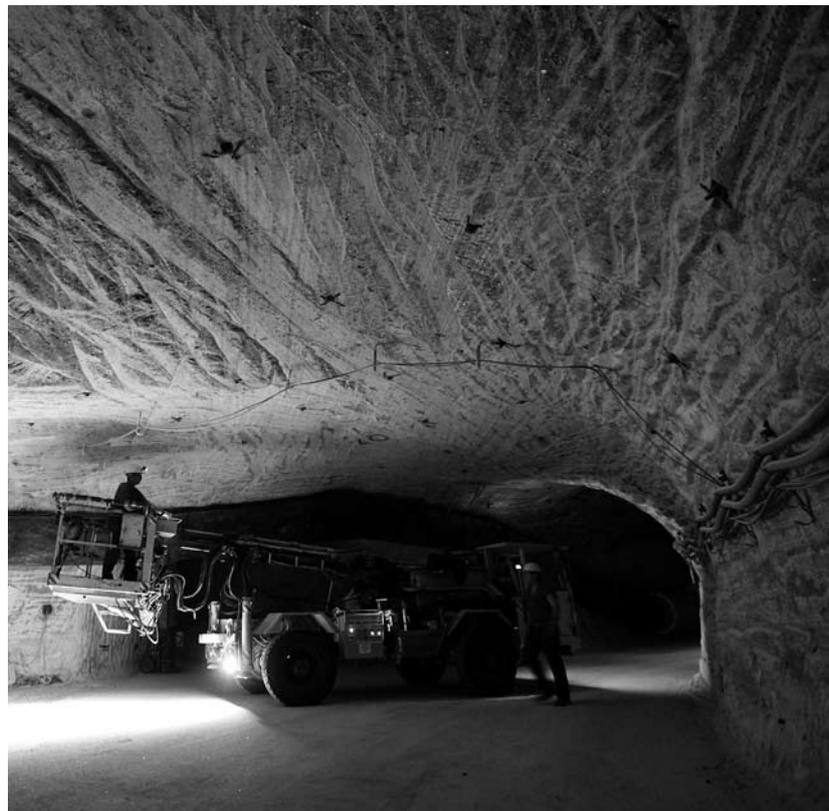
Die gute Nachricht gleich zu Beginn: Der von Bundesumweltminister verkündete Erkundungsstopp in Gorleben ist gut und richtig. Die SPD-Bundestagsfraktion hat diesen Erkundungsstopp bereits im Januar dieses Jahres per Beschluss gefordert. Nun ist Schicht im Schacht Gorleben bis zur Bundestagswahl 2013. Womit wir beim Haken an der Sache wären: Es ist allzu offensichtlich, dass es sich bei Altmaiers Dekret um keine fachlich begründete, sondern um eine wahltaktische Entscheidung handelt. Getreu dem Gorleben-Motto: „Tarnen, täuschen, tricksen“. Deshalb gibt es im Bundestag seit April 2010 den Untersuchungsausschuss „Gorleben“. Die Zeugenvernehmungen sind abgeschlossen. Nun geht es um die Bewertung der 52 Zeugenaussagen und 2 800 Aktenordner. Bereits jetzt kann festgestellt werden:

1. Die Entscheidung für Gorleben fiel **1977 in Niedersachsen** in der Amtszeit der Regierung von Ernst Albrecht (CDU). Es war der niedersächsische Wirtschaftsminister Walther Leiser Kiep (CDU), der Gorleben zur völligen Überraschung sämtlicher Fachleute in Hannover und Bonn als möglichen Standort präsentierte. Am Ende brachte es Ministerpräsident Albrecht klar auf den Punkt: „Entweder Gorleben, oder gar keinen Standort in Niedersachsen.“ Im Februar 1977 erfolgte der Kabinettsbeschluss. Damit waren die Weichen in Richtung Gorleben gestellt.
2. **1983 gab es eine „politische Einflussnahme“** der Kohl-Regierung auf den Gorleben-Zwischenbericht der Physikalisch-Technischen-Bundesanstalt (PTB). Der Vorschlag der Wissenschaftler nach einer „Alternativen Endlagersuche“ wurde auf Druck der CDU-Ministerialbürokratie gestrichen. Auch das hat der Untersuchungsausschuss bereits bewiesen. Gleich mehrere Zeugen sprachen von einer „Weisung“ aus Bonn. Das ist eine weitere „politische Einflussnahme“.
3. **Ende der 1990er Jahre hat die damalige Umweltministerin Angela Merkel getrickst.** Der Salzstock Gorleben wurde aufgrund ihrer Anordnung nur in eine Richtung erkundet. Da dem Bund die Rechte zur vollständigen Erkundung fehlten und bis heute fehlen. Diese Änderung des Erkundungskonzepts entsprach weder damals noch heute dem internationalen Stand von Wissenschaft und Technik. Die Ursache für Merkels Manipulation war wirtschaftlicher Druck der Atomindustrie. Den Atomkraftwerksbetreibern war die Erkundung in Gorleben schlicht „zu teuer“. Merkel administrierte deren Wünsche und wurde zum ersten, aber nicht zum letzten Mal zur Erfüllungsgehilfin der Atomlobby. Kostenersparnis für die Industrie: 365 Millionen Mark.

Merkel und Altmaier: taktisch aber nicht ehrlich
Die Geschichte Gorleben ist ein schwarz-gelber Sumpf. Sämtliche Entscheidungen seit fast 40 Jahren haben Albrecht, Kohl und Merkel ohne Beteiligung der Öffentlichkeit getroffen. Das ist bis

heute so. So geht das ganze Verfahren zur Endlagersuche bislang am Deutschen Bundestag, dem eigentlichen Gesetzgeber, komplett vorbei. Bundeskanzlerin Merkel hat aus ihren Fehlern von Gorleben nichts gelernt. Darüber kann auch der hektisch verordnete Erkundungsstopp nicht hinwegtäuschen. Merkel und Altmaier agieren taktisch, aber nicht ehrlich.

Neustart der Endlagersuche im nationalen Dialog
Deshalb fordert die SPD-Fraktion einen Neustart für die Endlagersuche in Deutschland. Das Parlament muss für Transparenz und Partizipation in den Verhandlungen und im weiteren Verfahren sorgen – in seiner Rolle als zentraler Akteur in der Gesetzgebung. Sinn und Zweck einer gesellschaftlichen Debatte sollte am Ende ein breiter Konsens und eine große Akzeptanz in der Zivilgesellschaft über das Endlagersuchverfahren sein. Die Politik braucht das Vertrauen aller Bürgerinnen und Bürger in ein „sauberes“ und transparentes Verfahren ohne Vorfestlegungen. Nur ein nationaler Dialog kann auch zu einem nationalen Konsens in der Endlagerfrage führen.



Personalia



Seit August 2012 ist der niedersächsische SPD-Bundestagsabgeordnete Bernhard Brinkmann stellvertretender Präsident des Verbands der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V. Brinkmann ist seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages.



Im Oktober 2012 wurde der ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete (1998 – 2005) Ernst Ulrich von Weizsäcker zum Präsidenten des Club of Rome gewählt, gemeinsam mit dem früheren schwedischen Europaabgeordneten Dr. Anders Wijkman (EVP).

Veröffentlichungen

Die „Augen-zu-und-durch-Methode“ in Gorleben – Erste Analyse und Resultate
Faltblatt, 10 Seiten, Dezember 2012

Verkehrssicherheitsarbeit in der Praxis – Probleme und Chancen
dokumente-Heft 07/12, 23 Seiten, November 2012

Wir wünschen
allen unseren
Leserinnen und Lesern
ein schönes Weihnachtsfest
und einen guten Start
ins neue Jahr.



Unsere Veröffentlichungen gibt es im Internet unter www.spdfraktion.de/veroeffentlichungen oder unter folgendem QR-Code:

Die nächste Ausgabe von **fraktion intern*** erscheint im Februar 2012. Informationen gibt es auch unter www.spdfraktion.de. Aus aktuellen politischen Anlässen kann es dazu kommen, dass der Erscheinungstermin der Fraktion Intern verschoben werden muss. Dafür bitten wir um Verständnis.

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Bundestagsfraktion

Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin

Redaktion: Anja Linnekugel

Texte: Johanna Agci, Alexandra Brzezinski, Markus Giesecke, Christian Heyer, Stefan Hintermeier, Alexander Linden, Anja Linnekugel, Dirk Sawitzky, Frank-Walter Steinmeier, Matthias Will, Clemens Zick

Abbildungen: Bildschön (S. 2, 7), photothek.net/Thomas Köhler (S. 3), picture-alliance/dpa (S. 5, 6, 9, 13, 15, 16), SPD-Bundestagsfraktion (S.11, 16), (S. Voorwinden nach einblick / DGB (S. 4), Klaus Vhynalek (Titel)

Redaktionsanschrift:

SPD-Bundestagsfraktion

- Öffentlichkeitsarbeit - Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 / 227 530 48 **Telefax:** 030 / 227-568 00

E-Mail: redaktion@spdfraktion.de

Internet: www.spdfraktion.de

Grafik und Layout: S. Voorwinden

Druck: Braunschweig-Druck

Adressänderungen und Bestellungen von Veröffentlichungen:

Telefon: 030 / 227-571 33 **Telefax:** 030 / 227-568 00

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de oder direkt im Internet